Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 103. **Donnerstag, 4. Mai 1922, abends.** **75. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 19.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 3.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 1 Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kohlenverkaufspreise.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 10. 4. 1922 wird hiermit für die ab 20. 4. 1922 zur Verladung gekommenen Niederlausitzer Hausbrandbriketts ein **Kleinverkaufspreis von 54 Mk. 25 Pfg. pro Ztr.** ab Lager des Händlers festgesetzt.

Dieser Preis erhöht sich für die ab 2. Mai vom Werk abgehenden Sendungen infolge höherer Eisenbahnfracht um 1 M. pro Ztr.

Der Rat der Stadt Riesa, den 3. Mai 1922.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 4. Mai 1922.

—* **Einstellung des Straßenbahnbetriebes.** In der gestrigen Hauptversammlung der Riesaer Straßenbahn-Gesellschaft ist beschlossen worden, am kommenden Sonnabend abend den Betrieb einzustellen. Man wird diesen Beschluß bedauern können, im übrigen sich aber damit abfinden müssen, daß er nicht mehr zu umgehen gewesen ist. Daß von einer Rentabilität des Unternehmens schon seit vielen Jahren nicht mehr gesprochen werden konnte, ist der Oeffentlichkeit aus den Verhandlungen der Stadtverordneten wiederholt bekannt geworden. Um die Frage der Einstellung des Betriebes nicht schon früher spruchreif werden zu lassen, hatte die Stadt in den letzten Jahren zur Zahlung von Zuschüssen sich bereit finden müssen. Trotz dieser Zuschüsse und trotz der Erhöhung der Fahrpreise blieben die Einnahmen aber immer weiter hinter den fortgesetzt beträchtlich gestiegenen Unkosten zurück, sodaß nunmehr die Einstellung des Betriebes für die Gesellschaft zur Notwendigkeit wurde. Daß sie, bevor sie sich zu diesem Schritt entschloß, den städtischen Kollegien Gelegenheit gegeben hat, Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen, darf wohl angenommen werden. Es wird uns mit unserer Straßenbahn gehen, wie mit so vielen anderen Dingen: wenn sie nicht mehr da sein wird, werden wir erst gewahr werden, wie notwendig sie ist.

—* **Diebstahl.** Heute vormittag gegen 11 Uhr wurde in der Hausflur des hiesigen Rathauses aus einem Kinderwagen einem darin liegenden Kinde unterm Kopfe weg ein Federkopfkissen mit weißer Stickerei und einem „M" in der Mitte gestohlen. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man bei der hiesigen Polizei melden.

—* **Wohltätigkeitskonzert** E. Döring-Schreiber, Riesa, und Kurt Schreiber, Leipzig. Ein gutgewähltes Programm, das in der Hauptsache klassische und moderne Lieder brachte, lag dem Abend zu Grunde und ist den Künstlern hoch anzuerkennen, daß sie es sich angelegen sein ließen, nur gute Musik zu bieten. Emmy Döring-Schreiber ist eine ausgezeichnete Klaviervirtuosin, die alle ihre Vorträge, die zum Teil hohe Anforderungen stellen, so das Präludium und Toccata D-moll von Vinzenz Lachner, ex capito spielte. Außerdem ist sie eine feinsinnige Begleiterin. Als Gesangssolistin mit ihrem klaren, glockenreinen Sopran konnten wir sie auch hier wieder bewundern. Besonders ansprechend waren „Lebewohl" und „Er ist's" von Hugo Wolf. Herr Kurt Schreiber sang Lieder für Tenor. Er verfügt über ein ausgezeichnetes Piano und gute Vortragskunst, die vor allem bei „Eros" von Grieg zur Entfaltung kam. Auch als Begleiter zeigte er bewährtes Spiel. Reicher Beifall wurde gespendet. Leider war der Saal nur schwach gefüllt, was um so trauriger und bedauerlicher, da hier nur gute und edle Kunst geboten wurde, und das Konzert außerdem zu uneigennützigen Zwecken veranstaltet wurde. Der materielle Erfolg des Abends stand zu dem ideellen in gar keinem Verhältnis. W.Lg.

—* **Zur Auflösung des Landtages.** Wie die T. U. zuverlässig hört, wird der Antrag der Rechtsparteien auf Auflösung des Landtages auf die Tagesordnung des Landtages am 11. Mai gesetzt werden.

—g. **Gründung und Zusammenbruch des Residenzkonzerns vor Gericht.** Wegen versuchten Betrugs, gewerbsmäßigen Glücksspiels, sowie Beihilfe zu vorerwähnten Delikten, verhandelte die 7. Strafkammer des Dresdner Landgerichts gegen den aus Meißen gebürtigen 21 Jahre alten Handlungsgehilfen Kurt Paul Schindler und gegen die Kaufleute Karl Bruno Müller aus Dresden und Richard William Kindermann aus Halle. Mitte Juli ließ Schindler Prospekte nach dem Muster der bereits bestehenden Konzerne drucken, er nannte seine Gründung „Residenzkonzern". Am 15. Juli hat Angeklagter den Kaufmann Müller kennen gelernt, den er sogleich als Teilhaber zu gewinnen wußte. Es sollten angeblich nur 50 bis 100 000 Mark Gelder als Einlagen angenommen, die letzteren nach zwei Monaten verdoppelt werden. Betrogen sollte niemand werden, er will nicht an Verluste gedacht, oder solche in den Kreis der Möglichkeit einbezogen haben. Müller sei zwei Wochen lang als sportlicher Berater, dann von Mitte August an Kindermann in gleicher Eigenschaft als Teilhaber tätig gewesen. Alle von Müller stammenden Tipps brachten nur Verluste, keinen Gewinn. In den beiden ersten Wochen nach der Gründung seien 48 000 Mark eingezahlte Gelder bei Buchmachern verloren gegangen, dann seien hinterher in Berlin und Bremen viel und große Verluste entstanden. Schindler gab auf Vorhalte zu, daß er vor seiner Konzerngründung innerhalb vier Monaten rund 50 000 Mark versportelt habe. Der Angeklagte Müller will Schindler geraten haben, er solle nur 50 Prozent Dividende versprechen, im übrigen hat dieser Angeklagte schon seit etwa 15 Jahren in allerdings ganz bescheidenen Grenzen gesportelt, er will nie gewonnen haben. Auch Kindermann, der Mitte August als sportlicher Berater eintrat, fügte seine Erfahrungen auf gleiche Betätigung wie Müller. Vereinbart war, daß Schindler und Müller, bezw. später Kindermann sich ein jeder pro Woche 500 Mark Gehalt nehmen sollten. In Dresden und Meißen wurden einige Annahmestellen eingerichtet, nach Eintritt Kindermanns sind Einzahlungen nicht mehr angenommen worden. Eine längere Beweisaufnahme war erforderlich, um den Sachverhalt zu klären. Zeuge Fiebler sagte aus, ihm habe Schindler erzählt, er besitze 250 000 Mark Vermögen. Andere Zeugen wurden über ihre bewirkten Einzahlungen oder über vermittelte Wetten gehört. Als Sachverständiger führte Bücherrevisor Götze aus, daß die Bücher nicht gerade musterhaft angelegt waren, es ergab sich daraus, daß 152 Einzahler 81 775 Mark Einlagen bewirkt hatten, davon seien bei Rennwetten 62 520 Mark verloren gegangen, an Spesen seien 15 752 Mark verausgabt worden, bei Schließung des Konzerns waren noch 52 Mark Bargeld vorhanden. Nach langer Verhandlungsdauer verurteilte das Gericht Schindler im Sinne der Anklage wegen versuchten Betrugs und gewerbsmäßigen Glücksspiels zu sechs Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, Müller zu 6000 Mark Geldstrafe, während Kindermann freigesprochen wurde. Der Angeklagte Schindler befand sich seit Ende August vergangenen Jahres bis Ende März 1922 in Untersuchungshaft, die ausgeworfene Gefängnisstrafe hat daher als verbüßt zu gelten.

—* **Banknoten von 500 Mark.** Wie das Reichsbankdirektorium dem Verb. Sächs. Ind. auf dessen Anregung mitteilt, ist die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 500 Mark in Vorbereitung und steht voraussichtlich noch im Sommer die Ausgabe solcher Noten zu erwarten. Die vermehrte Ausgabe von Tausendmarknoten wird zwar auch angestrebt, doch ist die Leistungsfähigkeit der Reichsdruckerei an ihrer Grenze angelangt. Angesichts der Unmöglichkeit, dem Verkehr 1000er-Noten in genügender Menge zur Verfügung zu stellen, ist die Schaffung von höheren Noten unabwendbar. Auch hier sind die Vorbereitungen soweit vorgeschritten, daß die Ausgabe bis zum Herbst d. J. in Aussicht steht.

—* **Postgebührenerhöhung ohne Erhöhung der Gegenleistungen?** Der Hansa-Bund schreibt uns: Abermals sollen auf die Schultern der Gewerbetreibenden erheblich erhöhte Postgebühren gelegt werden. Bedauerlicherweise aber enthält die neue Vorlage des Postministeriums nichts darüber, daß auch die Leistungen der Post für die Allgemeinheit der Geldentwertung ebenso angepaßt werden wie die Gebühren, die sie für ihre Leistungen verlangt. Die Postverwaltung hat auf Eingaben aus gewerblichen Kreisen z. B. die Meistbeträge für Nachnahmesendungen nicht in dem Maße erhöht, wie die Gebühren, die seit der Vorkriegszeit auf etwa das 35fache gesteigert wurden gegen eine nur etwa 6fache Erhöhung der Meistbeträge für Nachnahmesendungen. Mithin wäre der Meistbetrag der Nachnahmesendungen auf 25 000 Mark festzusetzen. Das Gleiche gilt für den Schadenersatz, den die Post für verloren gegangene Einschreibbriefe und Pakete übernimmt. Die Paketportosätze sind auf das 20fache erhöht, der Schadenersatz jedoch nur von 6 Mark auf 20 Mark, etwa das 3½fache. Man kann nicht gerade sagen, daß gegen früher die Verlustziffer bei Paketen usw. abgenommen hat. Gegenüber der Gebührenerhöhung müßte der Schadenersatz mindestens 120 Mark pro Kilo betragen. Alle Stellen, die die neue Gebührenvorlage des Postministeriums zu beraten haben, sind dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß nun endlich auch die Gegenleistungen der Post der Gebührenerhöhung entsprechend aufgebessert werden.

—* **Deutscher Industrieschutzverband.** Die von Industriellen aus allen Teilen des Reiches sehr stark besuchte Generalversammlung des Deutschen Industrieschutzverbandes, Sitz Dresden, fand am 29. April in Chemnitz unter Vorsitz des Herrn Rechtsanwalt Dr. Zöphel-Leipzig statt. In dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Geschäftsbericht verbreitete sich der Geschäftsführer des Verbandes, Direktor Grützner, eingehend über die vielseitige Tätigkeit des Verbandes, die auf allen Gebieten der Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen liegt. Streikentschädigungen wurden in 1921 rund 5 Millionen Mark vom Verbande gezahlt. Ueber 400 neue Betriebe sind in 1921 dem Verbande als Mitglieder beigetreten, wie auch bereits im neuen Jahre wieder zahlreiche Beitritte zu verzeichnen sind. Einstimmig wurden der Jahresabschluß genehmigt und sämtlichen Verbandsorganen Entlastung erteilt, die ausscheidenden Ausschußmitglieder wiedergewählt. Ein Vortrag von Direktor Bürger, Dresden, beschäftigte sich mit den vielfachen, in den letzten Jahren immer mehr zunehmenden Mißbräuchen des Koalitionsrechtes, den darauf beruhenden schweren Ausschreitungen und im höchsten Maße bedauerlichen Störungen des Wirtschaftslebens. An verschiedenen Einzelfällen wurde die Gesetzwidrigkeit dargelegt, ebenso die Notwendigkeit und die Mittel der Bekämpfung des die Allgemeinheit ebenso wie die Arbeitgeber schädigenden Unwesens.

—* **Die Maul- und Klauenseuche** im Freistaat Sachsen ist am 30. April in 87 Gemeinden und 108 Gehöften amtlich festgestellt worden gegen 68 Gemeinden und 83 Gehöften am 31. März 1922.

—* **Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller.** Der Verband Sächsischer Industrieller, der gestern auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken kann, hielt gestern um 12 Uhr im großen Saale des Vereinshauses in Dresden seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Nach vorausgegangener interner Beratung wurde die öffentliche Sitzung um 12,15 Uhr von dem Vorsitzenden Moras aus Zittau mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium hatten Vertreter entsandt. Die Stadt Dresden war durch Oberbürgermeister Blüher vertreten. Nach der Begrüßung ergriff Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann-Berlin das Wort zu einem Vortrag über die „Weltwirtschaftliche Lage und die deutsche Volkswirtschaft". Er führte u. a. aus: Die Konferenz von Genua sei nur ein Glied in der Kette der Konferenzen, die von Spa über London und Cannes nach Genua geführt habe. Und sie werde nicht die letzte sein. Die fortgesetzten Versuche der Alliierten untereinander, jetzt der Alliierten mit den Neutralen und mit dem bisher von der Mitwirkung ausgeschlossenen Deutschland zeigten, daß die Unhaltbarkeit des Versailler Vertrages jetzt auch von seinen Urhebern erkannt worden sei. Die Väter des Vertrages müßten versuchen, seine in Bezug auf die Weltwirtschaft gemachten Fehler wieder gutzumachen. Die Scheinkonjunktur der deutschen Industrie, das Leben namentlich in den großen Städten, die verhältnismäßig geringe Arbeitslosigkeit, der geringsten in der Welt, die Ueberflutung Deutschlands mit Fremden, hätten den internationalen Glauben an die Unerschöpflichkeit Deutschlands geweckt. Die Wirklichkeit zeige Deutschland in einem ganz anderen Lichte. Redner führte weiter aus, wie gerade die geringe Arbeitslosigkeit zeige, wie unproduktiv gearbeitet werde, da die Erzeugnisse des heutigen Deutschlands nach Menge und Güte weit hinter denen der Friedenszeit zurückständen. Er könne nicht begreifen, wie industrielle Gesellschaften in ihren Geschäftsberichten von einer Steigerung des Umsatzes, gemessen an den Erträgnissen nach der ständig weichenden Mark sprechen könnten. Nur ein Vergleich nach den Mengen der Erzeugnisse sei angängig und der werde zeigen, daß die Produktivität Deutschlands ständig zurückgehe. Die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages sei in der wirtschaftlich ungünstigsten Zeit erfolgt, die sich ein Volk nur hätte aussuchen können. Poincare habe einst bei der Kritik des französischen Parlamentarismus erklärt, daß die demokratische Staatsform die teuerste sei, die sich ein Volk wählen könne. Dazu treten bei uns die sozialpolitischen Experimente, die das wirtschaftliche Leben schon so oft in Gefahr brachten. Das hätten auch die Männer erkannt, die den Gedanken der Sozialisierung jetzt ruhen ließen. Redner kommt dann auf die Steuerpolitik zu sprechen und verurteilt die Verhinderung sogenannter stiller Reserven, die aber notwendig seien, wenn sich unsere Industrie nach Abnutzung der Einrichtungen maschinell und technisch leistungsfähig erhalten solle. Diese Steuerpolitik führe zu einer Vertrustung des Wirtschaftslebens, die den Einzelkaufmann, den Einzelindustriellen vernichte, dessen Verschwinden durch Schaffung der großen Verbände moralisch nicht ersetzt werden könne. Wenn den Deutschen vom Auslande das Dumpingverfahren zum Vorwurf gemacht werde, sei das unrecht. Die Stabilisierung der Mark sei da die beste Gegenwehr und die Deutschen seien Anhänger eines Anti-Dumping-Gesetzes. Die Bolschewisten hätten den Marxismus ad absurdum geführt. Das sei der einzige Vorteil, den der Bolschewismus gebracht habe. Die Alliierten hegten den Plan einer Anleihe für Deutschland nicht, um diesem zu helfen, sondern weil die Erkenntnis bei ihnen durchgedrungen sei, daß ein auf dem Weltmarkt als Käufer ausgeschlossenes Deutschland und Rußland ihnen ihre volle wirtschaftliche Betätigung und Gesundung unmöglich mache. England, Amerika, Holland und die Schweiz litten im gleichen oder noch höheren Maße wie wir. Aber so schwach wir auch seien, wir hätten doch noch eine einzige starke Stelle, die deutsche Wirtschaft. Die ganze Welt leidet unter der mangelnden Kaufkraft Deutschlands. Nicht, weil die politische Atmosphäre geklärt werden solle, sondern weil man Deutschland brauche, deshalb sei Genua gekommen. Redner verbreitete sich dann über den Deutsch-russischen Vertrag, den er in seinen Auswirkungen begrüßte. Dieser habe zweifellos die Stellung der deutschen Delegierten gestärkt. Deutschland und Rußland seien auf einander angewiesen und es ließe sich auf die Dauer keine wirtschaftliche Politik denken, wenn sich diese beiden Staaten nicht auf einander einstellten. Nun sei die Frage aufgetaucht, ob nicht durch das über Deutschland zu legende russische Konsularnetz der bolschewistischen Propaganda Vorschub geleistet werde. Im Vertrage stehe aber nichts, daß die Vertragschließenden eine Propaganda dulden müßten, die sich gegen eine der beiden Regierungen richte. Die Bekämpfung der bolschewistischen Propaganda werde abhängen von der Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem eigenen Lande. Kämen wir zu einigermaßen vernünftigen Verhältnissen, dann hätten auch 10 000 Agitatoren keinen vernünftigen Erfolg. Kämen wir aber zum Chaos, dann kämen wir auch ohne ausländische Agitation zum Bolschewismus. Die Gefahren einer solchen Agitation würden auch abhängen von der Fähigkeit der Regierungen, ihre Autorität zu wahren. Der von Lloyd George in Genua propagierte Gedanke eines Gottesfriedens sei nur zu verwirklichen, wenn durch eine internationale Anleihe verbunden mit einem langjährigen Moratorium auch ein wirtschaftlicher Friede für Deutschland geschaffen werde. Sonst werde es ein Friedhofsfriede. Mit dem Worte „Lassen Sie uns weiter arbeiten, jeder an seinem Werke" schloß Redner seine etwa 1½ stündigen, oft von lautem Beifall begleiteten Ausführungen. Nach einem weiteren Vortrage des Direktors Lehnig-Radebeul über „Aufgaben und Ziele der Führer der deutschen Wirtschaft" schloß der Vorsitzende mit beifällig aufgenommenen Dankesworten an die Redner die Versammlung, an die sich im Konzerthaus ein gemeinsames Essen schloß.

—* **Zur Ablehnung des Volksbegehrens.** Aus maßgebenden Kreisen der Deutschen Volkspartei wird